

Berghofer Deutschland braucht Veränderung

Das Buch

Deutschland verharrt im Stillstand. Die Wirtschaft schrumpft, das bis dato erfolgreiche deutsche Geschäftsmodell – billig importierte Rohstoffe wertsteigernd verarbeiten und die Erzeugnisse profitabel exportieren – hat sich dank einer ideologisch motivierten Regierungspolitik erledigt. Aber auch sonst liegt vieles im Argen. Berghofer kritisiert nicht wie viele andere auch. Er macht Vorschläge.

Der Autor

Wolfgang Berghofer, Jahrgang 1943, gebürtiger Sachse, gelernter Maschinenbauer, Kreissportlehrer des DTSB, Eintritt in die SED 1964, seit 1968 hauptamtlicher FDJ-Funktionär. Von 1970 bis 1983 tätig im FDJ-Zentralrat, von 1986 bis 1990 Oberbürgermeister von Dresden. Im Dezember 1989/Januar 1990 Vize-Vorsitzender der SED-PDS, Austritt aus der Partei. Seit 1991 als selbstständiger Unternehmensberater in Berlin tätig, parteilos.

Wolfgang Berghofer

Deutschland braucht Veränderung

Machen statt meckern

edition ost

Inhalt

Vorbemerkungen	7
Mediale Eskalationskaskade: dramatisieren, skandalisieren, hysterisieren . . .	23
Investieren in Köpfe	39
Alles auf den Prüfstand. Alles!	77
Wort der Stunde: Zuversicht	99
Umbau des Wohlfahrtsstaates	117
Innenpolitik	137
Selbstbewusstsein: ostdeutsch	155
Bürokratie abbauen	169
Wirtschaft transformieren	179
»Bin kein Bauer, aber sauer«	199
Wir brauchen endlich eine Verfassung, die zeitgemäß ist	205
Machen statt meckern! An alle	215
Personenregister	219

*Die einen sagen, es ist weiß.
Die anderen sagen, es ist schwarz.
Und die Hellsichtigen sagen: Es ist ein Zebra.*

Afrikanische Volksweisheit

Vorbemerkung

Unzufriedenheit begleitet mich, seit ich denken kann. Ständig hatte ich dieses nörgelnde Grundrauschen im Ohr. Gewiss, es gab in jeder Phase der DDR immer etwas zu meckern, weil der Überfluss an Bürokratie und der Mangel an Konsumgütern unsere ständigen Begleiter waren. Schuld waren natürlich immer »die da oben«. Ich wuchs in Sachsen auf. Da lag die Verantwortung »beim Bezirk«, also in Dresden. Bei größerem Unmut war Berlin schuld. Die Dächer in Dresden waren undicht, weil die Dachdecker in die Hauptstadt mussten. Zum Beispiel. Oder ein anderes: die unsäglich lange Wartezeit auf einen fahrbaren Untersatz ...

Überall war Stammtisch. Im Parteilehrjahr wie in der Jungen Gemeinde. Man redete sich die Köpfe heiß. Meckern war das täglich Brot. Das eigentliche Brot war billig. Ein Vierpfundbrot kostete 1,04 Mark der DDR, es wurde von staatswegen subventioniert. Deshalb verfütterte man es an die Karnickel oder das Schwein, ohne darüber ein Wort zu verlieren. Nachdem wir Westen geworden waren, wurde nicht nur das Brot teurer. Also wurde über die exorbitanten Preise gemeckert. Eigentlich hätte

man über sich selbst maulen müssen. Und zwar weil man dem Köhlerglauben gefolgt war, dass alles so weiterlaufen würde wie bisher. Aber eben mit Westgeld, mit Westautos, mit Westreisen, mit Bananen ...

Das war ein fataler Irrtum. Karten, Preise und Arbeitsbedingungen wurden neu gemischt. Und schon konnte weiter gemotzt und gemeckert werden. Business as usual. »Se ham uns belochen und betrochen«, hieß es im Übergang. Und als die vermeintlichen Lügner und Betrüger ausnahmslos vom Hof gejagt worden waren – auch ich als Oberbürgermeister von Dresden musste meinen Hut nehmen –, blieb das erwartete Wunder aus. Und schon fing es neuerlich an zu grummeln. Oft war der Unmut begründet, meist jedoch nicht. Schuld an der wirtschaftlichen Misere waren nunmehr die Ausländer – sogenannte Vertragsarbeiter, die die DDR zur Ausbildung und zur Arbeit ins Land geholt hatte und die geblieben waren. Die Lausitzer Braunkohle AG hatte sie gekündigt und ihrem Schicksal in Hoyerswerda überlassen. Und weil diese Menschen, bis vor Kurzem noch Kollegen im Braunkohlentagebau, nunmehr arbeitslos, lästig und überflüssig waren wie man selbst, sollten sie so rasch wie möglich abgeschoben werden. Neonazibanden, oft Ableger »von drüben«, ergriffen für die vermeintlich »schweigende Mehrheit« das Wort, und Mitte September 1991 griffen sie ein Wohnheim in Hoyerswerda mit Steinen und Molotowcocktails an.

Anwohner gesellten sich hinzu. Sie sahen entweder tatenlos zu oder klatschten Beifall. Die Polizei griff kaum ein. Schließlich wurden die Vertragsarbeiter aus Hoyerswerda evakuiert, nach Frankfurt am Main oder Berlin transportiert und von dort aus abgeschoben.

Die »Unmutsbekundungen« richteten sich nunmehr gegen eine Flüchtlingsherberge in Hoyerswerda, die bereits seit Wochen belagert worden war. Jetzt wurden Ausländer auch physisch attackiert. Anwohner und deren Sympathisanten feuerten die Gewalttäter durch Zurufe und Applaus weiter an, heißt es in den Berichten im Internet. Bei diesen Ausschreitungen wurden über dreißig Menschen verletzt. Es gab über achtzig vorläufige Festnahmen, allerdings wurden nur vier Personen verurteilt.

Am darauf folgenden Wochenende kam es im Bundesgebiet zu 78 rassistischen Überfällen, berichteten Christian Fuchs und John Goetz sachlich in ihrer 2012 erschienenen Publikation »Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland«.

Hoyerswerda machte Schule, die Meckerei des Mobs wurde zur materiellen Gewalt. Es folgten weitere Angriffe auf Flüchtlingsheime in Deutschland: in Thiendorf (Sachsen) mit acht Verletzten sowie Brandanschläge in Freital (Sachsen), Bredenbeck (Niedersachsen), Münster (Nordrhein-Westfalen), March (Baden-Württemberg) und Tambach-Dietharz (Thüringen). 1992 folgten Rostock-Lichtenhagen (Mecklenburg-Vorpommern), Mölln (Schleswig-Holstein) und Solingen (NRW).

Jahre später verdichtete sich die notorische Nöle-
rei wieder einmal zu einer rechten Massenbewegung.
Seit 2014 zogen *Patriotische Europäer gegen die
Islamisierung des Abendlandes* (Akronym: PEGIDA)
durch Dresden. Die Unmutsbekundungen richteten
sich gegen eine behauptete Islamisierung (Bundes-
präsident Wulff hatte am 3. Oktober 2010 gesagt:
»Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutsch-
land«) sowie generell gegen die Einwanderungs- und
Asylpolitik Deutschlands und Europas. Dresdens
PEGIDA fand Ableger in vielen Orten und Zu-
lauf 2015/16, als rund zwei Millionen Menschen aus
Krisen- und Kriegsgebieten in die EU kamen. Die
Bundesrepublik nahm mehr als die Hälfte davon
auf, nachdem die christlich motivierte Bundes-
kanzlerin Merkel (CDU) selbstbewusst und solida-
risch erklärt hatte: »Wir schaffen das!«

Die damit entstehenden Probleme schafften aller-
dings eher die kommunalen Verwaltungen. Alles
Gründe für Gegenrede und Widerspruch, der »Wut-
bürger« war geboren. Der Gestus, Verschlossenheit
gegenüber sachlichen Argumenten und einfacher
Logik, war mir seit Jahrzehnten bekannt. Da war
nichts Neues unter der Sonne.

Der zumeist unkontrollierte Zustrom von vor-
nehmlich Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien und
Afghanistan und Wirtschaftsemigranten aus Afrika
führte zu sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen
Belastungen. Aber diese waren nicht der Auslöser
für die nun auffälligen krisenhaften Erscheinungen

in Deutschland. Sie verstärkten diese jedoch. Hinzu kamen später noch die Corona-Pandemie und die seit 2014 verhängten selbstzerstörerischen Sanktionen gegen Russland. Dadurch wurde das bis dato erfolgreiche deutsche Wirtschaftsmodell – billige Rohstoffe importieren und diese hochveredelt exportieren – irreparabel zerstört.

Und diese Prozesse wurden begleitet von jenem nötigen Grundrauschen, das mir seit Kindesbeinen vertraut ist. Es spielte nicht nur jenen antidemokratischen Kräften in die Karten, die die politischen Grundlagen unseres Gemeinwesens zu schleifen wünschen, weil sie einen anderen, einen autoritären Staat wollen. Aus dieser Echokammer, in der sich lautstark alle Nonkonformisten versammeln, dringt permanentes Rasonieren und Lamentieren, er blockiert jeglichen intellektuellen und gesellschaftlichen Fortschritt. Diese Auseinandersetzung bindet Kräfte ohne jeglichen Gewinn.

Der Kapitalismus, so wie er jetzt funktioniert, muss reformiert werden, da ist sich inzwischen eine qualifizierte Mehrheit einig. Ohne Veränderung gehen wir zugrunde: weil das Klima unwiederbringlich geschädigt ist, weil die Rohstoffe der Erde verbraucht sind, die Luft nicht mehr zu atmen ist und uns immer mehr Granaten um die Ohren fliegen, da sich weltweit Krisen und Konflikte zu Kriegen auswachsen. Es ist wie mit dem Märchen vom süßen Brei: Der Topf produziert unablässig und überflutet den ganzen Globus, weil das Wort

verloren ging, mit dem die Produktion gestoppt werden könnte.

Deshalb meine ich: Um aus der Multikrise herauszukommen, reicht es nicht, ständig zu monieren, was alles schlecht ist. Wir sollten besser darüber nachdenken, wie wir kollektiv und konstruktiv aus diesem Schlamassel herauskommen könnten. Das setzt ein Umdenken voraus. Der erste Schritt aber ist: aufhören zu jammern und stattdessen nachdenken, wie sich die zu Recht kritisierten Zustände abstellen lassen.

Ich versuche das, indem ich mich der Gehirnwäsche zu entziehen versuche, indem ich die gesellschaftlichen Waschsalons meide. Lese statt der Zeitung besser ein Buch, ziehe eine konventionelle Ausstellung albernem Inszenierungen und Performances vor, schaue mir anstelle einer TV-Talkshow lieber ein richtiges Theaterstück oder eine Oper an. »In diesen heil'gen Mauern / wo Menschen den Menschen liebt / kann kein Verräter lauern / weil man dem Feind vergibt«, singt Sarastro in Mozarts »Zauberflöte«.

Aber auch dort fühle ich mich mitunter fehl. Links und rechts von mir applaudieren Vertreter eben jener Elite, denen wir den gegenwärtigen Zustand danken, welcher mich kränkt, geradezu krank macht. Welch bodenlose Heuchelei! Nicht nur, weil sie tagsüber in ihren Funktionen funktionieren und damit gegen humanistische Haltung handeln, die uns doch seit der Aufklärung in Europa anerkennen

worden ist. Angesichts unserer Geschichte nur mit mäßigem Erfolg, muss man konstatieren. Erfolgreicher hingegen sind wir beim Schwarzmalen und Verbreiten einseitiger Sichten. Millionen nehmen die düsteren Parolen als Wahrheit, denn eine andere Perspektive gibt es offiziell nicht. Fast haben wir einen Zustand erreicht, vor dem die Publizistin Hannah Arendt warnte. »Die idealen Untertanen totalitärer Herrschaft sind Menschen, für die die Unterscheidung zwischen Fakten und Fiktion und zwischen wahr und falsch nicht mehr existiert.«

Die Jüdin, die 1933 vor den Nazis aus Deutschland floh, zog nicht grundlos die direkte der repräsentativen Demokratie vor, wie wir sie kennen. Dieser Form vermeintlicher Volksvertretung gab Jean-Jacques Rousseau den trefflichen Namen »Wahlaristokratie«. Handelt es sich doch um eine auserwählte Minderheit, »welche zwar das Volk als das höhere und herrschende anerkennt, aber in dessen Namen doch in der Regel über die Menge die Herrschaft ausübt«, urteilte schon Mitte des 19. Jahrhunderts der Schweizer Rechtswissenschaftler Johann Caspar Bluntschli kritisch über die repräsentative Demokratie.

»Wahlaristokraten« bestimmen also seit Jahrzehnten die Gesicke auch unseres Landes. Sie waren erfolgreich bei der Denunziation östlicher Wahlaristokraten, die in der westlichen Propaganda »Bonzen« hießen. Auch ich war laut dieser Lesart ein »Bonze« – schließlich arbeitete ich als

Kommunalpolitiker in Dresden, als die Stadt noch in der DDR und damit im Tal der Ahnungslosen lag. Zu einem westlichen Wahlaristokraten aber hat es bei mir nie gereicht. Ich zog es zu Beginn der neunziger Jahre vor, die politischen Niederungen zu verlassen und stattdessen in wirtschaftliche Höhen zu streben.

Dort aber, so spürte ich bald, blies der Wind nicht minder rau. Die Protagonisten handelten und redeten nicht weniger falsch, was gewiss auch charakterlich bedingt, aber im Wesentlichen dem System geschuldet war, in welchem alle tätig waren. Ich erfuhr nun am eigenen Leibe, dass Marx mit seiner Einschätzung nicht falsch lag. Da gab es jenes frühe Schlüsselerlebnis, als mir ein Unternehmer, für den ich ein millionenschweres Ostgeschäft angebahnt hatte, gönnerhaft ein Kuvert reichte. Das war seinerzeit sehr, sehr viel Geld für einen Ostdeutschen, aber nur ein winziger Bruchteil dessen, was einem Westdeutschen in meiner Rolle als Provision gezahlt worden wäre.

Nicht der Betrag war mein Ärgernis, sondern die Tatsache an sich. Ich war nicht seinesgleichen – und sollte es auch nie werden. Das sagte diese Geste.

Ich weiß natürlich, wie mancher aus meinem Stall reagiert, wenn ich solche Erlebnisse aus dem kapitalistischen Alltag erzähle. Da wird dann gern Kurt Tucholskys Gedicht »An einen Bonzen« zitiert, das dieser als Theobald Tiger im September 1923 in der *Weltbühne* veröffentlichte.

*Einmal waren wir beide gleich.
Beide: Proleten im deutschen Kaiserreich.
Beide in derselben Luft,
beide in gleicher verschwitzter Kluft;
dieselbe Werkstatt – derselbe Lohn –
derselbe Meister – dieselbe Fron –
beide dasselbe elende Küchenloch ...
Genosse, erinnerst du dich noch?*

*Aber du, Genosse, warst flinker als ich.
Dich drehen – das konntest du meisterlich.
Wir mussten leiden, ohne zu klagen,
aber du – du konntest es sagen.
Kanntest die Bücher und die Broschüren,
wusstest besser die Feder zu führen.
Treue um Treue – wir glaubten dir doch!
Genosse, erinnerst du dich noch?*

*Heute ist das alles vergangen.
Man kann nur durchs Vorzimmer zu dir gelangen.
Du rauchst nach Tisch die dicken Zigarren,
du lachst über Straßenhetzer und Narren.
Weißt nichts mehr von alten Kameraden,
wirst aber überall eingeladen.
Du zuckst die Achseln beim Hennessy
und vertrittst die deutsche Sozialdemokratie.
Du hast mit der Welt deinen Frieden gemacht.*

*Hörst du nicht manchmal in dunkler Nacht
eine leise Stimme, die mahnend spricht:
»Genosse, schämst du dich nicht –?«*

Nein, ich habe keineswegs meinen Frieden »mit der Welt« gemacht, folglich muss ich mich auch nicht schämen. Ich habe lediglich einmal jenen Perspektivwechsel vorgenommen, dem auch Bertolt Brecht das Wort redete. Seit seinem Exil in den USA begleitete ihn bis zum Tode ein chinesisches Rollbild, das den Denker Konfuzius zeigt. Dieser trat für Wohlwollen und Freundlichkeit ein, nicht für Liebe, der er misstraute – darin folgte ihm Brecht. Im Kapitalismus ist alles Ware. Auch die Liebe. Man müsse die Begriffe »entschleiern«, befand Brecht und tat es in »Der gute Mensch von Sezuan«. Jede Ideologiekritik ist darum auch immer Sprachkritik, wie wir seither wissen.

Keine Sorge, jetzt folgt kein Theater- oder Ideologieseminar, nur meine Erklärung, warum ich mich wendete, aber nicht wandelte. Im Sinne von Bert Brechts »Me-ti, Buch der Wendungen«, im Geiste von Konfuzius. Brechts Botschaft: Der Denkende wendet sich, er wendet sich der Realität zu, der sich wendenden sozialen Realität der Klassenkämpfe. Und er wendet sich taktisch geschickt, um den Schlägen des Feindes auszuweichen.

Jenseits dieser Klassenkampfrhetorik – die ja nicht deshalb falsch ist, weil sie marxistisch genannt werden kann – habe ich aus unterschiedlichen Perspektiven und mit Erfahrungen aus verschiedenen Lebensabschnitten das heute in Deutschland existierende System beobachtet, analysiert und meine Schlüsse gezogen. Ich behaupte ja nicht, dass es stets

die richtigen waren. Aber ich zog sie immer mit der Maßgabe *zu verändern*. Das war in der DDR so, das ist auch in der Bundesrepublik nicht anders. Ich falle nicht in den Chor der Nörgler und Meckerer ein, die es zu allen Zeiten in allen Systemen gibt und deren Zahl dank elektronischer Medien stetig wächst. Das bemerkt man nicht nur an den Umfragen. Ich brauche nur vor die Tür zu treten und vernehme den anschwellenden Bocksgesang.

Bocksgesang ist die Übersetzung des altgriechischen Wortes für Tragödie. Das Wort brachte der Schriftsteller Botho Strauß zu Beginn der neunziger Jahre ins Feuilleton, und der Text dazu trug ihm den Ruf ein, ein Faschist zu sein, ein »elitärer Kulturpessimist« und eine »Maulhure des Feuilletons«. Der in Naumburg geborene und in der Uckermark lebende Strauß hatte sich als Denker lediglich der Realität zugewandt und hellichtig gemutmaßt: »Es ziehen aber Konflikte herauf, die sich nicht mehr ökonomisch befrieden lassen; bei denen es keine Rolle spielen könnte, dass der reiche Westeuropäer sozusagen auch sittlich über seine Verhältnisse gelebt hat, da hier das ›Machbare‹ am wenigsten an eine Grenze stieß. Es ist gleichgültig, wie wir es bewerten, es wird schwer zu bekämpfen sein«, meinte er 1993. Und gab sich überzeugt: »Es wird Krieg geben.« Kapitalistische Kriege, mit denen die westliche Art zu produzieren und zu konsumieren gegenüber der restlichen Welt behauptet werden würde. Und in der die Bundesrepublik als

Besserungsanstalt global aktiv werden würde. Die feministische Außenpolitik machte und für die Menschenrechte stritt. In missliebigen, nicht in den wirtschaftlich und politisch gebrauchten Staaten.

In regelmäßigen Abständen, immer zu runden Jahrestagen des Erscheinens jenes Strauß-Beitrages im *Spiegel*, wird der Text neuerlich vermessen und Hohn ausgegossen über jene, die sich seinerzeit empörten, ohne dass die heutigen Urteile wesentlich intelligenter ausfallen als die früheren. Es gibt Ausnahmen. 2018 befand der promovierte Philosoph Alexander Grau: »Auch wenn es kein Trost ist: Strauß' Text ist heute von vitaler, ja brutaler Gegenwartigkeit, die Einwände seiner damaligen Kritiker hingegen erscheinen nur noch bieder und fad.«

Und das war noch vor dem Sieg der Taliban in Afghanistan, vor dem Ukrainekrieg und dem Gemetzel im Gaza-Streifen, dem sich immer mehr abzeichnenden Klimakollaps, einer sich verschärfenden globalen Flüchtlings- und Hungerkatastrophe ...

Ich stimme nicht in die Empörung der Massen ein. Nicht weil ich mich nicht mit ihr gemein machen möchte, sondern weil ich darin keine wirkliche Alternative sehe. Wenn die Verhältnisse kritikwürdig sind – was sie in der Tat sind –, stelle ich sie nicht durch Wehklagen ab, nicht mit dampfenden Parolen oppositioneller Wahlaristokraten und ihrer Parteigänger. Sondern einzig durch konkretes Handeln. In diesem Sinne bin ich ganz bei Marx, dessen II. Feuerbachthese seit 1953 im Foyer der Humboldt-

Universität zu Berlin zu lesen ist: »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt drauf an, sie zu verändern.«

Die konkrete Veränderung sollte nach dem Willen der Westdeutschen, die zu Beginn der neunziger Jahren an der Alma mater wie überall im Land das Sagen bekamen, so ausschauen, dass man die »indoktrinierende« Aufforderung aus der Eingangshalle entferne (wie die Büsten und Gedenktafeln für Karl Marx in dieser Uni). Da war jedoch der Denkmalschutz vor, den der demokratisch gewählte, aber mit einer – wie üblich – vermeintlichen Stasi-Vergangenheit aus dem Amt getriebene Rektor Fink noch veranlasst hatte.

Der Spruch wie der grundsätzliche Appell, die Welt zu ihrem Besseren zu verändern – so lange dies noch möglich ist –, bleibt. Denn darüber sollten wir uns im Klaren sein: viel Zeit bleibt der Menschheit nicht mehr! In wenigen Jahren schon ist der Punkt erreicht, hinter dem eine Umkehr nicht mehr möglich sein wird. Ich habe nicht die Absicht, der vorhandenen Bibliothek der appellativen Schriften eine weitere hinzuzufügen. Mir geht es vornehmlich darum, die Kritik in konstruktive Bahnen zu leiten, der lähmenden Ratlosigkeit »Was tun?« ein mobilisierendes Ausrufzeichen anzufügen – also »Was tun!«.

Zu Beginn der fünfziger Jahre konnten Millionen Chinesen nicht schreiben und lesen. Man spricht davon, dass es um die achtzig Prozent der

Bevölkerung waren. Und die meisten lebten in bitterster Armut. Inzwischen gibt es – prozentual gesehen – in China weniger Analphabeten als in etwa neunzig anderen der insgesamt 169 Staaten der Welt. In China kennt man auch das Wort Krise oder Konflikt. *Weiji* besteht aus zwei Schriftzeichen, wovon das erste »Gefahr« bedeutet und das zweite »Chance«. Diese nach unserem Verständnis doppeldeutige Bezeichnung hat also auch etwas Ermutigendes. Mobilisierendes. Vielleicht war dies ursächlich für den Aufstieg des Landes zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt. Es scheint eine Frage der Zeit, wann die (westliche) Weltmacht ihren Spitzenplatz verlieren wird. Um dies zu verhindern, warnen die Thinktanks der westlichen Welt: Die Ablösung einer Supermacht durch eine andere verlief in der Geschichte niemals reibungslos.

Wie der Harvard-Historiker Graham Allison in seinem 2017 erschienenen Werk »Destined for War« erklärte, mündete die Wachablösung nicht selten in einem Krieg. Die »Befürchtung« schlägt sich in der hiesigen Berichterstattung über China nieder. Man arbeitet erkennbar daran, dass sich die Prophezeiung auch erfülle. Wie in jener Studie des *British Medical Journal*. Die Forscher konnten nachweisen, dass Senioren, die größere Angst vor einem Sturz hatten, häufiger einen solchen Unfall erlitten als Altersgenossen mit weniger Angst.

Ich möchte also diese zwei Worte »Was tun« nicht als Frage, sondern als Aufforderung verstanden

wissen und werde auf den folgenden Seiten formulieren, was nach meinem Verständnis zu machen ist, um aus dieser obwaltenden, uns lähmenden Apathie herauszukommen und wie wir den gesellschaftlichen Stillstand überwinden könnten.

Dazu bedarf es in der Tat einer Revolution. Einer Revolution im Denken. Es wird in dieser kein Blut fließen, allenfalls Herzblut bei der Überwindung von Trägheit. Als grimmiger Optimist glaube ich daran, dass es gelingen könnte.

Wolfgang Berghofer
Berlin, Januar 2024

*Wie soll man kritische Urteile,
kritische Berichterstattung von Leuten erwarten,
die über Jahre im ständigen Zwiegespräch
mit den Ministern sind, die mit ihnen reisen, mal in
die Türkei, mal nach Amerika, mal nach Moskau.*

Klaus Bölling (1928–2014),
von 1974 bis 1981 Leiter des Bundespresseamtes,
in: »Medien ohne Moral.
Variationen über Journalismus und Ethik«, 1988

edition ost –
eine Marke der Eulenspiegel Verlagsgruppe

ISBN 978–3–360–02814–3

1. Auflage 2024

© Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH, Berlin

Alle Rechte der Verbreitung vorbehalten.

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, dieses Werk oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg zu vervielfältigen oder in Datenbanken aufzunehmen.

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin, unter Verwendung eines Fotos von picture alliance/dpa/Stephanie Pilick,

20. November 2014

Satz: edition ost

Druck: Printed in the EU

www.eulenspiegel.com